

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 49 37. Jg.

12. Dezbr. 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Erhöhung der Witwen-Unterstützung und des Sterbegeldes.

Dem Verlangen des Verbandsvorstandes unter Zustimmung des Verbandsbeirates und Verbandsausschusses, der verantwortlichen Verbandsleitung durch die im September vorgenommene Urabstimmung die Vollmacht zu erteilen, eine über die vorgeschlagenen Sätze hinausgehende Erhöhung einiger Unterstützungen vorzunehmen, falls der erhöhte Beitrag dies zulassen sollte, haben die Kollegen Rechnung getragen und den Verbandsvorstand ermächtigt, diese Erhöhung ohne besondere Abstimmung vornehmen zu können.

Von dieser Vollmacht hat der Verbandsvorstand in seiner Sitzung vom 1. Dezember Gebrauch gemacht und die Witwen-Unterstützung und das Sterbegeld für Mitglieder und Mitgliederfrauen erhöht.

Es lag natürlich nahe, bei Prüfung der Frage, in welchem Umfange, die Unterstützungssätze ohne die gewerkschaftliche Kampfkraft des Verbandes zu schwächen erhöht werden könnten, in erster Linie die Unterstützungen zu bedenken, die den wirtschaftlichen Kampf der Kollegen fördern. Ist auch die Wirkung der ab 28. September erhöhten Unterstützungssätze infolge der kurzen Zeit ihrer Geltung rechnungsmäßig noch nicht ganz zu übersehen, so ergibt doch ein Überschlagn, daß ohne Schädigung der gewerkschaftlichen Kraft des Verbandes ohne erhöhten Beitrag eine Erhöhung dieser Unterstützungen nicht vorgenommen werden kann. Es muß deshalb einer erhöhten Opferfreudigkeit der Kollegen überlassen bleiben, auch diese Unterstützungen besser den Lebensnotwendigkeiten anpassen zu können.

Dagegen war eine Erhöhung der Witwenunterstützung und des Sterbegeldes ohne Beitragserhöhung möglich. Diese Beihilfen des Verbandes an die Hinterbliebenen der Kollegen waren bei der letzten Bemessung der Unterstützungen in berechtigter Vorsicht auch etwas zu kurz gekommen. Der Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen, mit Beginn des neuen Geschäftsjahres, also

ab 28. Dezember 1924

folgende Unterstützungssätze in Kraft treten zu lassen:

Witwen-Unterstützung:

Als einmalige Witwen-Unterstützung wird gewährt:

a) nach 650 Beiträgen das 125fache des Vollbeitrages	150,— Mk.
b) „ 1040 „ „ 175 „ „ „	210,— „
c) „ 1560 „ „ 250 „ „ „	300,— „

Sterbegeld für Mitglieder:

Die Angehörigen aller verstorbenen Mitglieder erhalten an Sterbegeld:

a) nach 52 geleist. Beiträgen das 30fache des Vollbeitrages	36,— Mk.
b) „ 156 „ „ „ 50 „ „ „	60,— „
c) „ 260 „ „ „ 60 „ „ „	72,— „
d) „ 390 „ „ „ 80 „ „ „	96,— „
e) „ 520 „ „ „ 100 „ „ „	120,— „

Sterbegeld für Mitgliederfrauen.

Mitglieder, die mindestens 260 Wochenbeiträge für Kranken-Unterstützung und Sterbegeld gezahlt haben, können beim Ableben ihrer Frau ein Sterbegeld in der Höhe vom 30fachen des Vollbeitrages = 36 Mk. erhalten.

Die übrigen Unterstützungssätze sind so geblieben wie sie bisher waren. Eine zusammenfassende Übersicht über Unterstützungshöhe, Unterstützungsdauer, Unterstützungsberechnung und Unterstützungsauszahlung ist den Mitgliedschaftsvorständen durch Rundschreiben zugänglich gemacht worden.

Der Verbandsvorstand.

Preisabbau, Arbeitszeit und Löhne.

Auf die Bemühungen der Unternehmer und insbesondere der Schwerindustrie, der Welt einzureden, daß die deutsche Wirtschaft nur gesunden und die über Weltmarktniveau liegenden Preise nur abgebaut werden könnten, wenn die Arbeitszeit verlängert, die Löhne auf ein Nichts herabgedrückt, die Steuern für die Besitzenden reduziert und sozialpolitische Einrichtungen abgebaut werden, haben wir schon wiederholt hingewiesen. Aber die Dreistigkeit, mit der die ollen ehrlichen Seemänner ihre alten Rezepte einer ungehemmten Ausnutzung der Arbeitskraft in neuem Gewande vom Stapel lassen und die Arbeiter für dumm verkaufen, erzwingt immer wieder die berechtigten Ansprüche der Arbeiter herauszustellen. Die Tatsache, daß mehr und billiger produziert werden muß, sollen die deutschen Waren Absatz auf dem Weltmarkt finden, verleitet die Schlotbesitzer immer wieder die Arbeiter als den Klotz zu betrachten, auf dem man ohne Gefahr herumhacken kann, wenn — ja, wenn die Gewerkschaften nicht wären. Weil die Gewerkschaften aber da sind und mit Nachdruck die Interessen der Arbeiter vertreten, deshalb sind sie dem Haß der Schlotjunker verfallen und alle Schlechtigkeiten, die man nur ausfindig machen kann, werden den Gewerkschaften von dieser Seite angedichtet.

Weil die Gewerkschaften unter Einsatz ihrer Kraft für einen angemessenen Preisabbau, für ausreichende Löhne und für den Achtstundentag eintreten, sollen sie angeblich die Wirtschaft, lies in diesem Falle, die Unternehmer, ruinieren. Die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften müsse dazu führen, die Währung erneut zu zerrütten. Die Aufgabe der Gewerkschaften dürfe gegenwärtig nicht so sehr auf die Erringung hoher absoluter Lohnzahlen gerichtet sein, als vielmehr auf die Verfolgung einer gesunden allgemeinen

Währungspolitik. Denn die Lohnpolitik baue sich auf der Währungspolitik auf; sei die Grundlage krank oder unsicher, so könne auch die Lohnpolitik den Lohnempfängern nur Enttäuschung bringen. Die Arbeiter hätten vielmehr dafür zu sorgen, daß das staatliche oder zwischenstaatliche Währungssystem und die damit zusammenhängenden Fragen der Zahlungs- und Handelsbilanz, der staatlichen Finanzpolitik, der Produktionskosten und der Neubildung von Produktionskapital wieder erst auf gesunde Grundlage gestellt würden. Tun die Gewerkschaften das nicht, sondern hielten sie an ihrer aktiven Lohnpolitik fest, dann seien sie die Schrittmacher der neuen Inflation. Die Preise seien schon gestiegen und sie müßten weiter steigen trotz der Preisabbaumaßnahmen der Regierung. Mehr und länger arbeiten bei niedrigsten Löhnen könne nur die Rettung sein, was die restlose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit zur Folge haben müsse.

Die Spitzenorganisationen der Unternehmer halten es anscheinend für unerträglich, nicht dabei zu sein, wenn ihre nachgeordneten Instanzen volkswirtschaftlichen Unsinn verzapfen. Sie haben sich deshalb aufgemacht, besonders seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volke zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Abkehr von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt. In einer gemeinsamen Kundgebung surhen der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu rechtfertigen, die notwendigerweise die schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen muß. Ausgehend von der Schilderung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Notlage unseres Volkes wendet sich die Kundgebung gegen die bisherige Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik des Reiches und gegen jede internationale Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Man fordert durchgreifende Erleichterung der die Unternehmungen unmittelbar treffenden Steuern

und Verkehrstarife, die restlose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und Verhinderung jeder Lohnsteigerung. Die Erfüllung dieser Forderungen machen sie zur Voraussetzung für ihr Mitwirken beim Preisabbau.

Obwohl das Pamphlet der Spitzenvertretung der „Wirtschaft“ für jeden sichtlich den Stempel der ordinärsten Machte und des offensichtlichen Volksbetruges an der Stirn trägt, haben die Spitzenverbände der Gewerkschaften, der *Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund*, der *Allgemeine freie Angestelltenbund* und der *Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände* es zu Nutz und Frommen aller schaffenden Kräfte für ratsam gehalten, gegen das Vorgehen der Unternehmerverbände Protest zu erheben. Sie weisen mit Recht auf folgendes hin:

Industrie und Handel sind durch Wiederaufrichtung unserer Zollhoheit im Westen von erheblichen ausländischen Konkurrenzschwierigkeiten befreit, die Belastungen durch die Micumverträge sind in Fortfall gekommen und die Reparationsleistungen werden im laufenden Jahre durch die Mittel der Anleihe gedeckt.

Alles dies zeigt, daß die deutsche Industrie jetzt unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten kann als vor Schaffung dieser Erleichterungen. Daß sie sich trotzdem zu dieser Kundgebung verstanden hat, beweist in welchem geringen Umfange bei ihr Verständnis für die gerechte Forderung der Arbeitnehmer auf gleichmäßige Verteilung der zu tragenden Lasten vorhanden ist.

Die Gewerkschaften stellen fest, daß alle bisherige steuerliche Erleichterung, auch die Anfang Oktober vorgenommene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 Prozent und die Ermäßigung der Frachtsätze sich bisher in keiner Weise preissenkend ausgewirkt haben. Die hierdurch gewonnenen Beträge sind allein den deutschen Unternehmern zugute gekommen. Die deutschen Arbeitgeber haben sich während der Infla-

tion, indem sie die Steuern in völlig entwertetem Gelde zahlten, der Steuerleistung entzogen. Den größten Teil der Steuern trugen die Arbeitnehmer infolge der einseitig belastenden Lohnsteuer. Die Arbeitgeber verstanden auch bei der Sanierung der Währung sich frühzeitig schadlos zu halten, indem sie durch hohe Goldpreise den Konsum in der ungeheuerlichsten Weise belasteten. Durch Massenentlassungen die Arbeiter und Angestellten der Arbeitslosigkeit überließen, die Arbeitszeit verlängerten und die Löhne herabsetzten. Alle Lasten der Deflation wurden auf die Arbeitnehmer abgewälzt, ohne daß dadurch eine Senkung des Preisniveaus eintrat. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter hat sich beständig verringert. Während sich für die deutschen Arbeitgeber die Lage durch die Festigung der Mark geklärt und durch Steuererleichterungen gebessert hat, fordern sie jetzt neue Vergünstigungen und bedrohen im Gegensatz dazu die Arbeitnehmer mit weiterer Verschlechterung ihrer Lage durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Lohndruck.

Mit Nachdruck wenden sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung der Industrie, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit und ein Hinaufreißen der Löhne an der Verteuerung der Produktion schuld seien. Das Gegenteil davon ist erwiesen. Die Arbeitszeit ist seit Jahresfrist schematisch verlängert worden, ohne jedes wirkliche Bedürfnis der Wirtschaft. Die Löhne sind weit unter Friedensstand herabgesetzt, ohne daß eine merkliche Senkung des Preisniveaus eingetreten wäre.

Die Gewerkschaften verlangen eine Arbeitszeit, die ohne dauernden Nachteil der Gesundheit geleistet werden kann und Raum läßt für die Mitarbeit aller Arbeitsfähigen, und einen Lohn, der den deutschen Arbeiter nicht tief unter den Stand aller Produktionsländer herabdrückt, sondern ausreichend ist für die Erneuerung der körperlichen, geistiger und gesellschaftlicher Lebensbedingungen.

Insbesondere ist die Aufrechterhaltung der Zwölfstundenschiebt in der Schwerindustrie, in denen die Arbeiter unter hohen Temperaturen, Dünsten, Dämpfen oder chemischen Einflüssen leiden, unverträglich mit den Vorbedingungen einer gesunden Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einer gesunden und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft beruhen. Dieses System muß zu schweren Wirtschaftsstörungen führen, da die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht dauernd zu solcher mörderischen Arbeitsweise verschlaven lassen. Die sofortige Einführung des Dreischichtbetriebes in diesen Industrien halten die Gewerkschaften auf das Dringendste geboten. Im übrigen haben die deutschen Arbeiter ein gesetzliches Recht auf den Achtstundentag. Auch das Washingtoner Abkommen hat der Arbeiterschaft dieses Recht zuerkannt. Die deutschen Gewerkschaften verlangen daher, daß die Reichsregierung ihre wiederholt angekündigte Absicht, dieses Abkommen zu ratifizieren, ausführt.

Die Gewerkschaften sind sich völlig einig, Deutschland wirtschaftlich stark zu machen und es sobald als möglich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien. Der Weg zu diesem Ziel ist aber ein anderer als der der Arbeiterschaft, die im Vollgefühl ihrer wirtschaftlichen Macht die Arbeitnehmer durch ein Diktat zur alleinigen Frangung der Lasten zwingen will. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß die Arbeitgeber ihren Teil der Lasten auf die eigene Schulter nehmen, und daß das Höchstmaß an persönlicher Leistung, das von jedem erwartet werden muß, durch eine nicht auf Raubbau eingestellte Arbeitszeit- und Lohnpolitik gesichert wird.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundsätze und Errungenschaften beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutz bilden gegen die wahrlich nicht auf papierne Kundgebungen beschränkten arbeiterfeindlichen Absichten des Unternehmertums.

Das internationale Kapital und die Arbeitszeitfrage.

Auf den verschiedensten Produktionsgebieten kann in neuester Zeit ein besonders lebhaftes Streben nach internationalem Zusammenschluß festgestellt werden. Überall werden Vertrauensprozesse gemeldet, in der Montan- und Textilindustrie, in der Kupfer- und Farwarenproduktion, in der Roheisen- und Petroleumindustrie usw.

Obwohl bei diesen Bestrebungen letzten Endes doch hauptsächlich die Preisbildung, der Absatz und die Produktion an sich die ausschlaggebenden Faktoren sind, spielen rein sozialpolitische Momente und besonders auch die Frage der Arbeitszeit eine prinzipielle Rolle. Überall werden Führer ausgestreckt und die Unternehmer der verschiedenen Länder erteilen sich offen und versteckt Winke und Mahnungen. Besonders eifrig sind die deutschen Industriellen, die als Arbeitszeitverschlechterer stolz an der Spitze marschieren, sich dabei aber des Umstandes bewußt sind, daß ihr Vordringen vergebens sein wird, wenn das Gros

der Industriellen der übrigen Länder nicht nachrückt.

In der deutschen Bergwerkszeitung Nr. 271 macht ein „führender Großindustrieller“ seinem Herzen in sehr lehrreichen Ausführungen Luft denen wir unter anderem folgende Stellen entnehmen:

„Der augenblickliche Zustand in der Arbeitszeitfrage ist der, daß heute in der Arbeitszeitverlängerung dieses Land, morgen jenes einen kleinen Vorsprung hat und damit alle anderen Länder in die Ecke drückt. Augenblicklich sind wir in Deutschland voran. Wir haben den Zehnstundentag wieder erreicht. Den Industriellen der anderen Länder geht es so schlecht, daß sie nach Verständigung streben. Kommen wir ihnen bei dieser Verständigung nicht entgegen, so drängen wir diese Länder zu solch scharfen Kämpfen gegen unsern Zehnstundentag, daß die Aussichten diesen zu halten, in aller Kürze zunichte werden. Wir müssen aber in jedem Falle versuchen, den Achtstundentag so lange als möglich fernzuhalten. ... In Wirklichkeit bedeutet die Durchführung des Achtstundentages in der ganzen Welt die Expropriation des Kapitals im Sinne von Karl Marx. ... In keinem Lande allein wird es auf die Dauer möglich sein, diese wirkliche Form des Bolschewismus und Sozialismus auf das volkswirtschaftlich erträgliche Maß herabzudrücken. ... Es ist doch nicht denkbar, daß auf allen Gebieten sehr rasch ein Ausgleich für die Minderleistung der Arbeiter gefunden werden kann; es ist aber auf der anderen Seite auch nicht denkbar, daß in Deutschland allein in der gesamten industriellen Welt auf lange Zeit eine längere Arbeitszeit gilt wie in allen übrigen industriellen Ländern. Und wenn wir nicht Fühlung mit unsern Kollegen in den industriellen Ländern auf allen nur irgendwie denkbaren Gebieten suchen, so wird die Politik uns mit größter Geschwindigkeit den augenblicklich erzielten Vorrang in der Produktion zer schlagen. Wenn wir aber heute in der besseren Lage, in der wir uns befinden, eine Verständigung mit Industrien anderer Länder herbeizuführen suchen, so kann dies nur unser Vorteil sein. Denn wir fixieren damit eine bessere Lage für einige Zeit. Einfach sind diese Dinge allerdings nicht.“

Dieser verzweifelte Hilferuf nach Fühlungnahme „auf allen nur möglichen Gebieten“ deutet in der Tat darauf hin, daß „diese Dinge nicht so einfach sind“. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses ist bei den Unternehmern schon lange vorhanden, sie kam aber bis jetzt eigentlich nur zum Ausdruck, wenn sich dabei gleichzeitig ein greifbares Geschäft machen ließ. Der „Internationalismus“ der Arbeitgeber darf zur Zeit noch vorwiegend von diesem Gesichtspunkt aus eingeschätzt werden. Den einheitlichen internationalen Bestrebungen der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiet steht vielfach noch eine Unternehmerschaft gegenüber, die nur zum Internationalismus bereit ist, wenn sich dieser in klingender Münze bezahlt macht und „nationale“ Vorteile bietet. Deshalb schreit der Verfasser obigen Artikels so krampfhaft nach „internationaler Verständigung“ und gerade deshalb fühlt er sich nicht sehr sicher und befürchtet wohl, daß sich die Industriellen der andern Länder, „denen es schlecht geht“, nicht ohne weiteres dazu hergeben werden, die deutschen Industriellen, die „heute in der besseren Lage sind“ in einem Kampf zu unterstützen, der schon in so vielen Ländern durch Gesetze und die Praxis zugunsten des Achtstundentages entschieden ist und deshalb auf die Dauer für das Kapital aussichtslos sein muß.

Dieser verzweifelte Hilferuf nach Fühlungnahme „auf allen nur möglichen Gebieten“ deutet in der Tat darauf hin, daß „diese Dinge nicht so einfach sind“. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses ist bei den Unternehmern schon lange vorhanden, sie kam aber bis jetzt eigentlich nur zum Ausdruck, wenn sich dabei gleichzeitig ein greifbares Geschäft machen ließ. Der „Internationalismus“ der Arbeitgeber darf zur Zeit noch vorwiegend von diesem Gesichtspunkt aus eingeschätzt werden. Den einheitlichen internationalen Bestrebungen der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiet steht vielfach noch eine Unternehmerschaft gegenüber, die nur zum Internationalismus bereit ist, wenn sich dieser in klingender Münze bezahlt macht und „nationale“ Vorteile bietet. Deshalb schreit der Verfasser obigen Artikels so krampfhaft nach „internationaler Verständigung“ und gerade deshalb fühlt er sich nicht sehr sicher und befürchtet wohl, daß sich die Industriellen der andern Länder, „denen es schlecht geht“, nicht ohne weiteres dazu hergeben werden, die deutschen Industriellen, die „heute in der besseren Lage sind“ in einem Kampf zu unterstützen, der schon in so vielen Ländern durch Gesetze und die Praxis zugunsten des Achtstundentages entschieden ist und deshalb auf die Dauer für das Kapital aussichtslos sein muß.

Persönlichkeit in unserer Zeit.

Die Großbetriebsform unserer heutigen Zeit vernichtet die Persönlichkeit; die Maschinenindustrie entpersönlicht die Menschen; der Mensch wird selbst zur Maschine. Dieses stereotype Klagegeld hat wohl eine gewisse Berechtigung, denn die Auswirkung obiger Tatsachen — ohne Gegenmaßnahmen individualistischer Art — untergräbt neben kleinbürgerlichen unzeitgemäßen Ueberkommen zweifellos auch ethische und erzieherische Werte und Inhalte am Menschen. Die sittlich-innerlichen Persönlichkeitswerte im Menschen sind aber auch zugleich Werte für die Gesellschaft, für die Kultur überhaupt.

Dies geschieht aber — wenn auch in weniger starker und aufdringlicher Art — nicht nur unter industriellen Großbetriebsformen, sondern auch unter solchen genossenschaftlicher, parteilicher, gewerkschaftlicher, überhaupt jeder Art korporativer Gestaltung.

Als Forderung für die Entfaltung der Persönlichkeit kann gelten: Freisein von natürlichen, staatlichen, gesellschaftlichen und sonstigen Hemmungen, vom Formalismus, Mechanismus und Systematismus, der in jeglicher Art heute überall auftritt. Der Mensch als Selbstzweck, nicht als Mittel und Werkzeug zu anderen Zwecken. Diese ethisch-theoretische Uebermensch-Auffassung erkennt man aber sofort als den extremen Auswuchs eines ohne Rücksicht auf andere sich

durchsetzenden, überspitzten Individualitätsrechts. In human-praktische Uebersetzung geleitet würde diese Forderung lauten: Der Mensch darf in keinem Sinne Knecht oder Höriger sein, muß sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen herausarbeiten zur Freiheit, zur Entfaltung seiner Persönlichkeit. Außere Freiheit und innere Unabhängigkeit hängen allerdings nur lose zusammen, und das Wort von der Einwirkung und dem Resultat äußerer Verhältnisse auf die Gestaltung innerer Werte beim Menschen gilt nicht ausschließlich und uneingeschränkt und würde wiederum zu einer ebenso einseitigen Anschauung führen. Ein Selbstdenken und Entfaltung zur Persönlichkeit ist auch unter stärkstem äußeren Druck möglich, sonst wäre jeder Mensch nur das getreue Spiegelbild seines Umkreises. Der höher denkende Mensch entwickelt aus sich selbst Eigenart und bleibt stets ein Werdender. Nun muß jedoch für die größere Anzahl der Menschen die äußere Vorbedingung zur Persönlichkeitsentfaltung geschaffen werden.

Was ist es nun, was heute bei der größeren Anzahl der Menschen zur Entfaltung persönlicher Eigenart im Wege steht? Es ist der Groß- und Massenbetrieb im weitesten Sinn und Umfang in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft kurz in jeder korporativen Gestaltungsform heutigen Lebens. Alle realen und auch geistigen Betriebsanstalten, die sich in unserer Zeit so ungeheuer in die Breite und Weite entwickelt haben, stempeln — kraß ausgedrückt — den Einzelmenschen zur bloßen Nummer, zum Tropfen im Wasser; der Formalismus, Systematismus und Zentralismus mit den Einschachtelungen der einzelnen unter Paragraphen und Instanzen verurteilt die Massen zum Räderwerk einer Uhr, das hier seine Tätigkeit und Funktion von irgend einer realen oder geistigen Antriebsfeder erhält. Je reibungsloser jedes Rädchen seine ihm vorgewiesene Arbeit leistet um so besser klappt der Gesamtapparat.

Es wäre natürlich gefehlt, diese Entwicklung der Dinge zu verdammen. Im Gegenteil: man erkennt daraus, daß dies bei jeder staatlichen, wirtschaftlichen, parteilichen und sonstiger Großform (unser Verband nicht ausgenommen) im Grunde genommen unabwiesbare Notwendigkeit ist und somit gewisse passive Tugenden beim einzelnen vorausgesetzt werden. Denn nur bei einer gewissen Fügsamkeit unter demokratisch-selbstgegebene oder relativ-gerechte Gesetze gewinnt auch der einzelne Rechte; z. B. wird nur durch Opfer gegenüber dem Berufsverband eine bestimmte wirtschaftliche Bewegungsfreiheit für den einzelnen geschaffen, deren Vorteile er heute meist unbewußt, genießt.

Wie ist es nun aber möglich, diese großbetrieblichen Tendenzen, die einestells wirtschaftlich förderlich, andererseits hemmend auf die Gestaltung der Persönlichkeit einwirken, in etwas abzuschwächen? Wie ist es ferner einer großbetrieblichen Korporation oder Institution möglich, innerhalb ihrer praktisch- oder geistig-tätigen Betriebsamkeit Persönlichkeiten zu ziehen, die ihr nur zum Vorteil gereichen (auch wenn sie zunächst den offiziellen Bestrebungen weniger dienlich sein sollten) durch innere Antriebe einer Gedanken-zirkulation, die wach zu halten und den eintönigen Gleichlauf vor geistiger Einrostung zu bewahren hat? In richtiger Erkenntnis dieses müßte jede großbetriebliche Institutionsform noch mehr als bisher sich auf die Mitarbeit aller beteiligten Intelligenzen stellen. Das Parlament im Staat, die Mitgliederausschüsse in wirtschaftsgenossen- und gewerkschaftlichen Korporationsformen müßten alle insonderheit mehr und mehr auch auf die Förderung von Persönlichkeits- und Individualitätsrechten innerhalb ihres Wirkungsbereiches Bedacht haben. Nur dadurch ist im Zeitalter der modernen Großbetriebsformen die Möglichkeit eines gerechten Ausgleichs zwischen den leidigen Bedrückungstendenzen und den Anforderungen nach Freiheit bei Entfaltung der Persönlichkeit gegeben. Gewisse Bindungen müssen bestehen bleiben, aber darüber hinaus hat man nach Gewährleistung bestimmter Persönlichkeitsrechte zu suchen, damit der Mensch nicht in eine bessere materielle Welt und Zukunft hinübergerettet werde — um den Preis seines innersten Eigenwerts und seiner Persönlichkeitsmerkmale.

Adolf Blum.

Müssen wir Goldmarklöhne fordern?

Augenblicklich befinden wir uns im Stadium der Neuordnung unserer Währung, die als eine Auswirkung des Sachverständigen-Gutachtens anzusehen ist. Ganz ohne Zweifel bietet die Goldgrundlage die besten Kautelen zur Aufrechterhaltung der Währung und ihrer Stabilität. Diese Ansicht muß auch in Regierungskreisen Geltung gehabt haben, sonst wäre nicht in den Goldbilanzvorschriften die Goldmark Grundlage der Berechnung geworden. Trotzdem soll nicht die „Goldmark“, sondern die „Reichsmark“ die Grundlage unserer Währung sein. Wie versichert wird, soll die „Reichsmark“ der „Goldmark“ gleichgesetzt sein.

Es wird den Arbeitern verhältnismäßig gleichgültig sein, ob sie ihren Arbeitslohn in „Reichsmark“ oder „Goldmark“ ausgezahlt erhalten. Worauf es ihnen ankommt ist, daß der Lohn eine Kaufkraft hat, die eine angemessene Lebensführung gestattet und daß diese Kaufkraft stabil bleibt. Ist und bleibt die „Reichsmark“ gleich einer „Goldmark“, dann wird der Arbeiter keine Einwendungen gegen die Reichsmark erheben und es ist von dieser Seite aus nicht zu befürchten, daß das in Währungsfragen tatsächlich sehr wichtige psychologische Moment vergessen wird.

Aber die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung augenblicklich sehr auf der Hut zu sein, will sie nicht erneut die Kosten währungstechnischer Manöver tragen. Wir haben wiederholt schon darauf verwiesen, wie das Unternehmertum die Bemühungen der Arbeiterschaft, das Entgelt für geleistete Arbeit den Preisen für den notwendigen Lebensbedarf anzupassen, auszuschlachten und ihnen die Verantwortung für eine neue Inflation zuzuschreiben sucht. Daß beim Übergang von der Papiermark zur Rentenmark die Löhne weit unter und die Preise der lebensnotwendigen Bedarfsartikel weit über der Vorkriegsbasis lagen und dieses Mißverhältnis unmöglich Dauerzustand sein konnte und sein kann, beschwert die Herren „Wirtschaft“ absolut nicht. Die deutsche „Wirtschaft“ kann aber eine leistungsfähige Arbeiterschaft angeblich nicht tragen.

Bei der Unternehmerverdächtigung, daß die Arbeiter mit ihren berechtigten Lohnforderungen eine neue Inflation heraufbeschwören ist es aber nicht geblieben. Man hat vielmehr entsprechend vorgebaut um sich gegen eine neue Entwertung des Geldes zu schützen. Das geht auch aus folgendem Satz hervor den wir in der „Berliner Börsenzeitung“ finden: „Die Einheitlichkeit der Bilanzanstellung werde durch die Vorschrift der Reichsbilanzierung gefährdet, da ein Teil der Wirtschaft noch nicht das erforderliche Vertrauen zu der Reichsmark habe und aus dieser Einstellung heraus in der Bilanz stärkere Reservierung vornehme, als es in den bereits veröffentlichten Goldbilanzen geschehen ist. Man kann sich dieser Argumentation nicht ohne weiteres verschließen da tatsächlich an manchen Stellen wie das Beispiel des Reparationsagenten und die kürzlich veröffentlichten Konditionen eines Textilverbandes zeigen, die Reichsmark mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet wird.“ Und der Reichsverband der Deutschen Industrie wandelt die gleichen Wege, denn seine Kartellstelle ließ nach Erörterung der Frage, in welcher Form künftig die Rechnungen im Geschäftsverkehr ausgestellt werden sollen, folgende dringende Empfehlung an seine Mitglieder ergehen:

„Die Preisstellung erfolgt grundsätzlich in Goldmark. Eine Goldmark ist gleich dem Gegenwert von 1/2790 Kilo Feingold.“

Was den Mitgliedern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie recht ist, muß den Mitgliedern der Gewerkschaften billig sein. Da die Arbeiter mit den Unternehmern ebenfalls nur in „Geschäftsverkehr“ stehen, handeln sie nur im Sinne der „Kartellstelle“, wenn auch sie die Preisstellung für die „Ware“ Arbeitskraft grundsätzlich in Goldmark, d. h. eine Goldmark ist gleich dem Gegenwert von 1/2790 Kilo Feingold, erfolgen lassen. Wir müssen den Kollegen ebenfalls dringend empfehlen so zu handeln, wenn auch augenblicklich die Billionen-Mark, die Rentenmark und die Reichsmark gleich einer Goldmark zu setzen ist. Aber die Vorsicht, die die Unternehmer walten lassen, dürfte auch den Arbeitern kein Nachteil sein. Außerdem muß ein solches Verhalten der Arbeiter dazu beitragen, der Reichsmark Geltung als internationales Zahlungsmittel zu verschaffen und den Inflationsfreunden einen Teil Anreiz zum frisch-fröhlichen Tun nehmen. Es ist doch heute kein Geheimnis mehr, daß ein Stück Antriebskraft der Inflation in der damit verbundenen absoluten Senkung der Reallohne zu suchen war. Weil die Arbeiterschaft einschließlich der Kollegenschaft ein Interesse daran hat, unsere Währung stabil zu erhalten, ist sie gezwungen, die Preisstellung der „Ware“ grundsätzlich in Goldmark erfolgen zu lassen. Das heißt nichts anderes, als nur auf der Grundlage von Goldmarklöhnen Arbeitsverträge abzuschließen, bei denen eine Goldmark gleich 1/2790 Kilo Feingold ist. Jeder Unternehmer, dem an einer stabilen Währung gelegen ist, wird dieser Forderung keinen Widerstand entgegensetzen, da ja bei stabiler Währung nicht die geringsten Verpflichtungen daraus entstehen. Den Währungskrisenmachern aber muß der Daumen ins Auge gedrückt werden. Denen jedoch, die mit Hilfe des schwarzen Mannes Inflation verneinen, die Arbeiterschaft abhalten zu können einen zur Führung eines angemessenen Lebens ausreichenden Lohn zu fordern, und wenn es nicht anders sein kann, zu erzwingen, muß entgegen stehen, daß die Preisstellung für die „Ware“ Arbeitskraft grundsätzlich ebenfalls nur in Goldmark erfolgt. Wenn zwei dasselbe tun, muß es auch dasselbe sein.

Der Tarif für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt.

Jetzt endlich kommt die Mitteilung von der Reichs-Arbeitsverwaltung, daß der Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe als allgemeinverbindlich mit Wirkung vom 1. Juni 1924 ab am 1. Dezember in das Tarifregister eingetragen ist. Damit hat ein Kampf seinen Abschluß gefunden, der an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ, obwohl er die Kollegenschaft kaum berührt hat. Denn die gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifes erhobene Einsprüche werden nur in kleinem Kreise verhandelt und sind deshalb diese Verhandlungen der Öffentlichkeit entzogen. Trotzdem sind diese Verhandlungen von nicht nebensächlicher Bedeutung, denn von ihrem Ausgang hängt es ab, ob ein Tarif für allgemeinverbindlich erklärt wird oder nicht. Da die Allgemeinverbindlichkeit dieses Tarifes von der Reichs-Arbeitsverwaltung ausgesprochen worden ist ist damit dieser Kampf zu unseren Gunsten entschieden worden. Damit ist auch der Einspruch der Butab (Bund der technischen Angestellten und Beamten), zu dem ein Teil der Kartolithographen und kartographischen Kupferstecher übergetreten sind, um als Angestellte zu gelten abgelehnt. Die Kartographen und kartographischen Kupferstecher unterstehen nach wie vor dem Tarif für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe. Mit dem angegebenen Zeitpunkt tritt deshalb die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe vom 31. Mai 1919 in der Fassung vom 1. Juni 1922 bis 30. Mai 1923 mit Nachträgen und der Tarifvertrag für die Bromsilber-Kunstdruck-Industrie vom 1. Juli 1923 außer Kraft.

Wie und warum unser Tarif so ward.

Das Urbild eines Tarifvertrages ist in Deutschland der Tarifvertrag der Buchdrucker. Wir Chemigraphen sind nicht nur deren konsequentesten Nachfolger, wir gingen noch weiter als das Vorbild, führten den Organisationszwang und Bestimmungen für eine Preiskonvention ein und hielten trotz schärfster Angriffe unseren Standpunkt bis über den Krieg hinaus durch. Wir konnten das nur deshalb, weil das Chemigraphengewerbe ein kleines Gewerbe und trotz aller photomechanischen Hilfsmittel die Produktion sehr stark von individueller Eignung der Arbeiter abhängig ist. An der Lösung eines so strittigen Problems, gemeinsame Bestimmungen zur Preisregulierung aufzustellen, wären sicher alle anderen Gewerbe gescheitert. Auch wir haben keine ganze Lösung Praxis werden lassen können. Immerhin konnte durch die getroffene Vereinbarung die unauffällige und durch nichts gerechtfertigte Unterbietung der Preise aufgehalten werden. Wenn sonst nicht alles war, wie es sein sollte — nun, gut Ding will eben Weile haben. Trotzdem war unser Tarif vom Standpunkte eines Tarifanhängers aus betrachtet, vorbildlich, soweit sich von solchen Dingen derartiges überhaupt sagen läßt. Die Väter der Tarifvereinbarung, die Buchdrucker, gingen uns nach der Revolution wieder voran, indem sie die hervorsteckendste Wesensart ihres Tarifes, das Bureau des Tarifamtes resp. die lebendige Seele, die Inkarnation des Tarifes, den Geschäftsführer abschafften. Wir Chemigraphen mußten auch etwas besonderes tun und ließen unseren Organisationszwang und die Preiskonvention fallen. Warum auch nicht; es ist ja oft so klug, wenn man sich von Bleigewichten zu Boden ziehen läßt. Es tat zwar noch nach der Revolution und bis in das Jahr 1921 hinein not, diese beiden Bestimmungen zu haben, aber nach der steigenden Entwertung des Geldes hielt man sie in Hilfskreisen für überflüssig. Auch die Unternehmer hatten sich inzwischen umgestellt. Als grau wurde die Theorie angesehen, daß man in Organisations- und Preisfragen der Mitwirkung der Gehilfenschaft und ihrer Organisation nicht entzogen könnte.

Unsere Währung, die trotz des Rentenmarkwunders doch lange noch unser Sorgenkind war, ist nun beständig (unberufen, sagt der Abergläubige), die Preise unserer Produkte aber sind es nicht! Es ist deshalb notwendig zu untersuchen, ob alles, wie es jetzt ist, gut ist, und wenn Monitas vorhanden sind, ob sie die Interessensphäre der Gehilfen berühren.

Vor dem Kriege war der Kreis unserer Aufgaben in der Gewerkschaft von radikaler Seite aus enger gesteckt, als uns, den sogenannten Tarifexlern lieb war. Oft mußten wir hören, wenn wir für auskömmlichen Lohn und gute Arbeitsbedingungen kämpften, daß wir zugleich damit auch die Schmutzkonzurrenz bekämpften. Den Einwand, daß der Preisfaktor stärker sei, als alle andere, daß er die Quantität und die Qualität der Arbeit und damit auch den Beschäftigungsgrad beeinflusst, lehnte man ab. Trotzdem blieb bestehen, daß das Mitraten und Mittaten in allen Fragen des Gewerbes unsere Aufgabe und unser

Recht ist. Heute, wo es sich gezeigt hat, daß die schwersten Probleme von den jüngsten Leuten doch nicht so ohne weiteres gelöst werden können, darf einer, der in der Sache lange geschwiegen hat, sein Steckenpferd reiten, weil es sein muß. Wenn ich meinen alten Gaul der Mitbestimmung und Mitverantwortung in allen Fragen des Gewerbes reite, so geschieht es nur, weil es sein muß, weil es notwendig ist. Ohne denn geht es nicht weiter, und wenn die vor dem Kriege bei uns lange geübte Art von Gewerbspolitik nicht wieder Eingang findet sollten wir auf einen Tarif verzichten.

Um aber zum Ziele zu kommen, muß man den Konventionsgaul anders aufzäumen als er bisher aufzäumt war. Die Ursachen liegen in folgenden:

In wenigen Gewerben haben die organisierten Gehilfen so nachdrücklich und ohne durch Streiks gegangen zu sein, so zielbewußt für einen Tarifvertrag gestrebt wie wir. Das treibende Element war, daß wir die Ursachen eines beginnenden Niederganges schon beim Aufstieg des Gewerbes rechtzeitig erkannten. Der Extrakt der Erfahrungen in den alten graphischen Reproduktionsgewerben ist unserem jungen Berufe zugute gekommen. Trotzdem war es die Macht unseres Willens nicht, welche uns den neuzeitlichen, präzisen und besten Tarif brachte, sondern die Geschicklichkeit des damaligen Verbindungsoffiziers, des Gehilfenführers, der die beiden Parteien zusammenbrachte. Büxenstein sagte in der betreffenden Septemberverhandlung 1903: Nur die Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz ist es, die mich eine tarifliche Bindung mit der Gehilfenorganisation eingehen läßt, da die Prinzipalität zu schwach ist, allein derselben Herr zu werden.

Und der Tarif ward fertig!
Würden wir diesen Tarif durch 14wöchentlichen Streik errungen haben, alle Pauken und Trompeten hätten nicht ausgereicht den Sieg zu feiern. So aber stärkte die Kritik im eigenen Lager öfter die Opposition im Lager der Tarifkontrahenten. Vielleicht war dies mit einer Ursache, daß unser Tarif vor einigen Jahren seiner Urbestimmung, ein Damm gegen die Schmutzkonzurrenz zu sein, entkleidet wurde.

Hinzu kam weiter, daß wir in andere, außergewöhnliche Bahnen und Geschehnisse gelenkt waren und festgefugte Anschauungen entwirrt wurden. Wir waren in eine Zeit gestellt, wo Ideen, die das ferne Ziel unseres Schaffens waren, verwirklicht werden sollten und deshalb der wirtschaftliche Ausgleich und Vergleich immer mehr dem prinzipiellen Widerstand verfiel. Heute steht man wieder auf dem Boden der nicht gottgewollten, sondern der natürlichen und deshalb gesetzmäßigen Abhängigkeiten und heute ist deshalb die Grundidee des gemeinsamen Interesses der Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz durch gesunde Preispolitik wieder so aktuell wie damals.

Sechs Kollegen!

Könnt ihr, Kollegen des Reiches, euch vorstellen, was das bedeutet, im Jahre 1923 am Mittelrhein zu leben? Zu normalen Zeiten schon hält es schwierig, dort Versammlungen abzuhalten. Acht Orte zu einer kleinen Mitgliedschaft vereinigt. Alle zwei oder drei Monate einmal die Möglichkeit zusammenzukommen. Ueberall ein paar Kollegen, abgeschnitten vom pulsierenden Leben der Organisation. Und trotzdem die alte, unverbrüchliche Treue! Sechs Kollegen in Niederbieber ließen es sich nicht nehmen, in diesem Jahre eine Senefelderfeier zu veranstalten. Tage zuvor Uebererschwemmung am Rhein. Fiasko? O nein! Der kleine Saal war gefüllt bis auf den letzten Platz; soweit es möglich war, kamen die Kollegen der umliegenden Orte um ein paar Stunden im alten vertrauten Kreise Gedanken auszutauschen. Das Arrangement der Feier war glänzend, der dortige Gesangverein stellte sich gern in den Dienst der paar Kollegen; der Dirigent ließ es sich nicht nehmen, persönlich von Koblenz zu kommen um seinen Chor, vorzüglich geschult, zu leiten. Prachtvolle Leistungen einer Opersängerin. In Liebe zu ihrem Violinspiel aufgehende Kinder. Und in Treue arbeitende Kollegen der Organisation!
M. R.

Kölner Senefelder-Festschrift.

Die Mitgliedschaft Köln hat zur diesjährigen Senefelderfeier eine Festschrift herausgegeben, von der man wünschen möchte, daß sie als Vorbild benützt würde, wenn es wieder an die Herausgabe von Festschriften geht. Denn nicht immer entsprechen die von Kollegen herausgegebenen Festschriften den Ansprüchen, die man an solche Drucksachen zu stellen berechtigt ist. Festschriften sollen nicht nur dem Humor, sondern auch unserer Bewegung dienen. Beiden wird die Kölner Festschrift gerecht. Neben Aufsätzen von den Kollegen Haß und Herbst enthält sie Lohnzusammenstellungen der Lithographen und Steindruckers Kölns seit dem Jahre 1919 bis 1923 einschließlich in Papier- und Goldmarkumlegung mit Goldmarkkurve. Ferner Gegenüberstellungen früherer und jetziger Berufsverhältnisse, um die Arbeitsleistung des Verbandes klar erkennen zu

lassen. Die Schrift enthält weiter sehr gute Beilagen in schwarzen und dreifarbigem Tiefdruck, Offsetdrucke und Duplexdrucke.

Um eventuelle Wünsche der Kollegen im Reich auf Besitz einer solchen Festschrift befriedigen zu können, hat die Mitgliedschaft Köln etwa 100 Exemplare zurückbehalten, die zum Selbstkostenpreis von 70 Pfg. einschließlich Porto das Stück an Interessenten abgegeben werden.

Ortsbericht.

Köln. Nach drei schweren und entsagungsreichen Jahren rüstete Köln in diesem Herbst wieder zu einer Senefelderfeier. Sie sollte besonderes bieten, deshalb wurde Kollege Herbst (Berlin) gebeten, am Vormittag einen Vortrag zu halten über die technische Entwicklung.

Trotzdem darf gesagt werden, daß die Vorträge überall lebhaftes Interesse weckten, ganz besonders bei den Außenstehenden. Die ausführliche Behandlung der Herstellungsschwierigkeiten der Druckträger der vier Hauptverfahren war selbst für einen erheblichen Teil der Kollegen spannend und bot Neuartiges, zum Studium anreizend.

Wüdig schloß sich am Abend die Feier an mit abwechslungsreichem Programm, um mit einem Tänzchen zu schließen. Zahlreiche auswärtige Gäste aus Kollegenkreisen konnten begrüßt werden; besonders gut war Solingen vertreten.

Internationale Kampfreue.

Ein Streik der Buchdrucker hat auch die Lithographen und Steindrucker der Tschechoslowakei in Mitleidenschaft gezogen. In folgenden Orten liegen auch unsere tschechoslowakischen Kollegen auf dem Pflaster: *Bratislava, Kolice und Uzhorod.*

Ferner befindet sich unsere tschechoslowakische Bruderorganisation, wie wir schon berichteten, in Tarifverhandlungen, da der Tarif am 31. Dezember d. J. abläuft. Da die Verhandlungen bisher von den Unternehmern unter Anwendung aller Mittel verschleppt wurden, darf damit gerechnet werden, daß ein neuer Tarif überhaupt nicht wieder zustandekommt.

Betriebe zu meiden sind und daß der Tarifkampf der tschechoslowakischen Kollegen durch Abschluß von Arbeitsverträgen nicht erschwert werden darf. Prüft darum alle Arbeitsangebote sorgsam, die von der Tschechoslowakei kommen!

Feuilleton.

Freunde der Menschen.

Gute Bücher sind die besten Freunde der Menschen! Das ist keine Phrase, sondern eine tausendfältig gesammelte Erfahrung. Seht doch die Kleinsten der Kleinen, wie sie sich an ihrem Bilderbuch Tag um Tag erfreuen! Und je mehr sie zerschaut ist, mit desto größerer Liebe hängen sie an ihrem Buche. Und die Jugend und die Erwachsenen? Auch sie sind Bücherfreunde, sobald sie erst den Wert des guten Buches erkannt haben.

Leider ist in allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung die Fähigkeit noch nicht so ausgebildet wie es sein müßte, gute von mittelmäßigen oder schlechten Büchern zu unterscheiden. Es wird deshalb noch viel zu oft in gutem Glauben Kitsch gekauft. Es ist deshalb ein Verdienst des *Arbeiter-Buchverlages J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstraße 3*, kurz vor Weihnachten die Arbeiter auf seine Verlagswerke aufmerksam zu machen und besonders seine Jahresproduktion 1924 in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Es ist uns infolge des beschränkten Raumes leider nicht möglich, noch vor Weihnachten die einzelnen im Laufe des Jahres im Dietz-Verlag erschienenen Bücher zu besprechen. Aber es kann mit gutem Gewissen allen Kollegen versichert werden, daß die nachfolgend genannten Bücher zu den guten Büchern gehören, die man für Groß wie für Klein in entsprechender Auswahl als Neues vom Büchermarkt beruhigt auf den Weihnachtsfest legen kann.

Vom Junztgesellen zum freien Handwerker. Eine Geschichte der Entwicklung vom alten Junztgesellen zum modernen Proletarier in reizvoller Kleinschilderung mit gut gewähltem Bildmaterial von Paul Kampfmeyer. Preis 1,75 Mk.

Florian Geyer. Eine Geschichte des Vorläufers der ersten deutschen Volksrevolution, des großen Bauernkrieges, von Wilhelm Bios. Preis in Ganzleinen gebunden 1,90 Mk.

Zur Kritik der politischen Ökonomie. Diese Schrift von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky, ist in Arbeiterkreisen zu gut bekannt

und bedarf keiner Anzeige des Inhaltes. Preis gebunden 3,— Mk.

Ursprung der Religion und des Gottesglaubens. Eine volkstümliche Darstellung des Ursprunges der Religion und des Werdens des Gottesglaubens, von Heinrich Cunow. Preis gebunden 3,50 Mk.

Der Sozialismus in der Karikatur. Eine anschauliche wie amüsante Geschichte der sozialistischen Bewegung im Spiegel der Karikatur mit 200 reproduzierten Karikaturen der satirischen Presse seit 1840, von Friedrich Wendel. Preis in Ganzleinen 10,— Mk.

Geschichte in Anekdoten. Eine Geschichte von Alexander dem Großen bis zu Lenin im Spiegel der satirischen Volksanekdote, von Friedrich Wendel. Preis 1,50 Mk.

Die Blechschmiede. Ein „Pandämonium“ von Arno Holz. Zwei Ganzleinenbände 20,— Mk.

Schicksalsgefährtin. Ein Erziehungsroman der Gegenwart von Erich Kuttner. Preis 4,50 Mk.

Dafnis. „Des berühmten Schaffers Dafnis selbst verfertigte Freß-, Sauf- und Venuslieder“ ein Phantasiegebilde von Arno Holz. Preis gebunden 9,— Mk.

Großstadgeschichten. Beiträge zur Psychologie des Kleinbürgertums, des Proletariates und des Vagabundentums von Hans Baluschek. In Ganzleinen gebunden 1,60 Mk.

H. Baluschek. Eine Monographie mit 129 Abbildungen aus der Mappe des sozialistischen Künstlers Baluschek von Friedrich Wendel. Preis gebunden 12,— Mk.

Unser Wald. Eine Neuauflage des Liebling aller Naturfreunde wegen seiner entzückenden Naturstudien mit 20 Doppeltonkunstdruckbildern von Kurt Grottewitz. In Ganzleinen gebunden 5,80 Mark.

Von Mänschein, Tierlein und Dinglein. Ein Dutzend Märchen Erzählungen mit Bildern von Hans Baluschek. Preis Halbleinen 3,80 Mk.

Fliegen und Funken. Ein Buch für die Jungen, das jeder Arbeiter seinem Jungen wegen der ethischen Behandlung der Technik in die Hand geben sollte, von Ernst Krafft. Preis 2,80 Mk.

Der erste Schultag. Ein Stück kindlicher Alltagstragödie in harten, grellen Farben in Prosa von Arno Holz. In Ganzleinen 1,40 Mk.

Kindheits-Paradies. Ein herrliches Buch für Kinder von Arno Holz. Preis geb. 5,— Mk.

Jean Kiekindievel. Das Werden eines kleinen Menschenkinde verbunden mit dem nachdenklichen Ernst: Warum, woher, wozu all diese kindlichen Unbegreiflichkeiten? von Heinrich Schulz. Ganzleinenband 2,75 Mk.

Der Widwandelwald. Ein Bilderbuch aus buntem Dreiecken, das einen Märchenwald lebendig werden lassen, dessen wundersame Gestalten ein märchenhungriges Kindergemüt unwiderstehlich in ihren Bann zwingen kann, von Hilde Krüger. Preis in Halbleinen 2,80 Mk.

Welche Fülle für die Kinder und die Jugend! Gebt ihnen solch gute Bücher in die Hand, wie sie der Dietz-Verlag bietet. Kollegen, ihr werdet mit den Kindern lesen und mit ihnen Kind sein. Gewiß die schönste Weihnachtsfreude für die Kinder — und euch. **H. R.**

Bekanntmachung.

Zum Versand kamen an die *Orts- und Gauvorstände die Rundschreiben Nr. 150 bis 153* mit wichtigen Anweisungen nebst anderem Verbandsmaterial. Bei Nichteingang wolle man reklamieren.

Der Verbandsvorstand.

Tüchtige Auto- und Strichätzer sowie ein Kopierer
zur erste Kräfte, in Dauerstellung gesucht.
Carl Ulrich & Co., Graph. Kunstanstalt, Nürnberg.

Mehrere
Maschinenmeister sowie Umdrucker
per sofort gesucht. Ledige bevorzugt
Fr. Ewers & Co., Lübeck, Blechemballagenfabrik.

Farbenätzer
in dauernde Stellung bei hohem Lohn stellen sofort und später ein
Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

Junger, tüchtiger Andrucker
welcher auch nachschneiden kann, für Schwarz und Mehrfarbendruck nach der Schweiz gesucht. Offerten mit Druckmuster gefll. an die
Basly Käscheefabrik F. Schwitler, Basel.

Auf sofort oder später
tüchtiger Chromo-Lithograph und gewandter Andrucker
gesucht
Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe A.-G., Karlsruhe (Baden)

Tüchtige Positiv-Retuscheure
per sofort gesucht. Die Stelle ist bei zufriedenstellenden Leistungen angenehm und dauernd. Bewerbungspapiere wollen unter Angabe der Alters sowie des Eintritts und der Gehaltsansprüche eingesandt werden an:
Kunstanstalt E. Nieter, Nürnberg.

Mehrere tüchtige
Maschinen-Retuscheure
in angenehme Dauerstellung gesucht
E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart, Hackstraße 77

Steindruck - Maschinenmeister und Umdrucker
für geographische Arbeiten suchen
H. Wagner & E. Debes, Geograph. Anstalt, Leipzig, Brüderstraße 23.

Wirklich tüchtiger
Steindrucker
der alle Sparten des Berufes beherrscht und an sauberes Arbeiten gewöhnt ist, gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, denen an einer guten dauernden Stellung gelegen ist und die Lehrberechtigung haben. Angabe des frühesten Eintrittstermins und Lohnforderung erbeten.
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Achtung! Flensburg!
Auskunft erteilt:
Heinz Böker, Flensburg, Friessche Str. 78.